



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Vorsitzenden
Herrn Frank Bsirske
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Jörg Radek
Stellv. Bundesvorsitzender

Stromstraße 4
10555 Berlin

Telefon 030 399921-110
Telefax 030 399921-211
Mobil 0172 8313251
joerg.radek@gdp.de

30.09.2015

Lieber Frank,

nach meiner Gratulation nochmal Glückwunsch zum gelungenen Bundeskongress und zu deinem gewählten Team! Viel Erfolg bei der anstehenden Arbeit, die sicherlich nicht leichter und nicht weniger werden wird in den nächsten Jahren. Da geht es uns wohl allen gleich.

Deshalb finde ich es umso bedauerlicher, dass ich auf eine Angelegenheit auf eurem Bundeskongress zurückkommen muss, die uns als Gewerkschaft der Polizei ziemlich schmerzt. Die Delegierten haben am 24. September 2015 einstimmig und ohne Diskussion eine Resolution zu dem Thema „ver.di-Bundeskongress verurteilt Polizeigewalt gegen antirassistische Proteste – Sächsische Landesregierung muss Einkesselung bei Anti-Legida-Demonstration aufklären“ verabschiedet:

1. Der ver.di Bundeskongress verurteilt Polizeigewalt gegen antirassistische Proteste in Leipzig.
2. Der ver.di Bundeskongress fordert den Bundesvorstand auf, mit allen Mitteln gegen Einkesselungen und rechtswidrige Maßnahmen gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten vorzugehen.
3. Der ver.di Bundeskongress fordert die sächsische Landesregierung auf, unverzüglich gegenüber dem Bundeskongress zum gestrigen Polizeieinsatz Stellung zu nehmen, und zwar insbesondere dazu, warum die Gegendemonstration, trotz vorgenommener Anmeldung am gestrigen Tag, nicht so anerkannt wurde wie dies großzügig gegenüber Legida erfolgt ist.

Und in eurer Pressemeldung dazu findet sich der Zusatz „ver.di bietet Demonstrantinnen und Demonstranten, die bei den Anti-Legida-Protesten am Mittwoch eingekesselt wurden, Unterstützung bei einer Massen-Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die für den Polizeieinsatz Verantwortlichen an.“

Diese Entschließung hat in unserer Mitgliedschaft für sehr viel Missfallen und Verärgerung gesorgt.

Mit großer Verwunderung müssen wir zur Kenntnis nehmen, mit welcher Leichtigkeit von "Polizeigewalt" und „Rechtswidrigkeit“ die Rede ist und wie die Rechtsstaatlichkeit von Polizeiarbeit - von außen (1000 Delegierte eines Kongresses) – bewertet wird. Dafür sind Gerichte zuständig.

Lieber Frank,

nun kennt jeder von uns die Eigendynamik von Kongressen! Dass aber solche Äußerungen vollkommen unwidersprochen bleiben, enttäuscht uns sehr. Hier hätten wir uns gewünscht, dass die politisch Verantwortlichen hier die Brisanz erkannt und das Wort erhoben hätten.

Über unseren Landesbezirk der Gewerkschaft der Polizei wären überdies auch zügig Informationen über den Einsatzablauf zu bekommen gewesen.

Die Gewerkschaft der Polizei würde sich nicht anmaßen, z.B. die Arbeit von Kita – Mitarbeiter/innen zu kommentieren oder deren Streik und die damit verbundene Belastung der Eltern zu kritisieren. Solche Bewertungen stünden auch uns als Schwestergewerkschaft nicht zu.

Unsere Kolleginnen und Kollegen hatten in Leipzig mal wieder einen schwierigen Job zu bewältigen und sind nicht gerade durch den Rückhalt der Sächsischen Staatsregierung gestärkt worden. Da bedarf es nicht noch weiterer Angriffe von Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen.

Vielleicht kann Ute Bittner mit Tanja Richter (030 399921-111) bald einen gemeinsamen Termin abstimmen, damit wir uns über die Angelegenheit austauschen, um Wiederholungen zu vermeiden.

Aber es gab ja offensichtlich bei eurem Kongress auch positive Beurteilungen von Polizeiarbeit, so die Kongressleitung am letzten Tag eures Kongresses: „Heute findet in Leipzig leider wieder eine Demo des rechtsradikalen Spektrums statt. Nach jetzigem Stand - wir haben es jetzt 9.15 Uhr - wird unsere Abreise nach Aussage der Polizei dadurch jedoch nicht gefährdet sein.“

In diesem Sinne mit kollegialen Grüßen


Jörg Radek